

Bericht von der Podiumsdiskussion am 25.2.2005, Netzwerk FrauenZeiten

Kristina Augst (Netzwerk FrauenZeiten) definierte als gemeinsames Ziel der Veranstaltung, einerseits das in den letzten Jahren entstandene Tabu, sich mit Arbeitszeitverkürzung zu befassen, wieder aufzubrechen und andererseits konkrete Ansätze und Handlungsmöglichkeiten zu finden, um dem von den "FrauenZeiten" und den ReferentInnen des ersten Veranstaltungsteils vertretenen Ziel der Umverteilung der Arbeit näher zu kommen.

Andrea Nahles (Netzwerk FrauenZeiten und SPD-Bundesvorstand) rekapitulierte die derzeitige Situation, in der es namhaften Firmen gelungen ist, trotz gestiegener Renditen Lohnkostensenkungen durchzusetzen, teilweise direkt, teilweise in Form von Arbeitszeitverlängerungen. Betriebsintern geraten gleichzeitig Vertriebsvorstände unter Druck, weil die Verkaufszahlen im Inland sinken - durch die direkten und indirekten Folgen der lohnkostensenkenden Maßnahmen des eigenen und anderer Betriebe...

Die von der Bundesministerin Renate Schmidt mit angestoßene und getragene Debatte um flächendeckende Kinderbetreuung könnte als Hebel für eine neue Arbeitszeitdebatte dienen, die direkte Brücke zur Arbeitszeitpolitik insgesamt fehlt jedoch noch.

Ein weiterer Ansatzpunkt könnte sich aus der Diskussion um biografiebezogene Arbeitszeiten ergeben - "kurze Vollzeit" versus "Wahlarbeitszeit" mit Lebensarbeitszeitkonten, hier sind allerdings noch ausführliche Debatten notwendig, wobei auch Modelle wie das in Belgien diskutiert werden sollten (jedem Arbeitnehmer steht dort seit kurzem ein "Zeitkredit" von einem Jahr bezahltem Urlaub für Erziehung, Pflege oder Weiterbildung zu).

Das Paradoxe an der derzeitigen Situation ist, dass die hohe Arbeitslosigkeit uns genau den Handlungsspielraum nimmt, den wir eigentlich brauchen, um die Arbeitslosigkeit durch eine Umverteilung der Arbeit mit Hilfe von Arbeitszeitverkürzungen zu verringern.

Mit Begriffen wie "Wertschöpfungszeit" (was bedeutet, dass Kurzpausen oder Weiterbildungszeiten von der Arbeitszeit abgezogen werden) wird derzeit sogar eine weitere Arbeitszeitverlängerung oder Lohnsenkung in die Debatte gebracht.

Da die Politik auf koordinierten Druck eher reagiert, sollte ein Netzwerk aufgebaut werden, was in der Lage ist, auf Vorschläge, die weitere Arbeitszeitverlängerungen oder Lohnsenkungen bedeuten, innerhalb von drei Tagen öffentlich breit wahrnehmbar zu reagieren.

In der 1. Juniwoche soll der Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms vorgestellt werden, hier könnte eine Reaktion auf das, was dort zum Thema Arbeitszeit gesagt wird, sinnvoll sein.

Gabriele Schaffran-Deutschmann (Betriebsrätin bei Schering in Berlin) berichtete von den Erfahrungen, die sie vor über 20 Jahren auf Grund ihres Wunsches, wegen ihrer drei Kinder Teilzeit zu arbeiten, in ihrer Firma und in ihrer Gewerkschaft (der damaligen IG Chemie) gemacht hat. Der Wunsch nach einer Betriebsvereinbarung über Teilzeitarbeit wurde von vielen Gewerkschaftskollegen als Angriff auf die damalige Forderung nach einer 35-Stunden-Woche für alle Beschäftigten der Branche betrachtet. Trotzdem wurde schließlich eine entsprechende Betriebsvereinbarung abgeschlossen, deren Regelungen dann Grundlage für Verhandlungen über einen Teilzeit-Tarifvertrag wurden. Der derzeitige Druck von Arbeitgeberseite ist auch bei Schering deutlich spürbar (Leistungsverdichtung in allen Berufsfeldern, Planungen, von einem Zwei- auf ein Dreischichtsystem umzustellen und Samstagarbeit einzuführen).

Ulrike Hauffe (Landesbeauftragte für Frauen des Landes Bremen) wies darauf hin, dass wir genauer hinschauen müssen, worüber wir eigentlich reden. Sie plädierte dafür, unter "Arbeitszeit" nicht nur die für die Erwerbsarbeit genutzte Zeit zu verstehen, sondern im Auge zu behalten, dass Familienarbeit oder nachbarschaftliche Arbeit auch gesellschaftlich notwendige Arbeitszeiten darstellen. Der Aufbau von personalisierten Beziehungen, eine typische Frauenarbeit, kann gesellschaftlich gesehen als produktive Arbeit aufgefasst werden, der von ihr kritisch hinterfragte Begriff "Freizeit" bezeichnet u.U. Zeiten, in denen gesellschaftliche Wertschöpfung betrieben wird. In der Diskussion um PISA wurde deutlich, dass die scheinbar freie Zeit der Kinder im Kindergarten als "Bildungszeit" gesehen werden (und dementsprechend gestaltet) werden sollte. Auch in Bezug auf Familie, Pflegeleistungen, Nachbarschaftlichkeit gibt es öffentliche

Zielsetzungen, Tätigkeiten in diesem Bereich stellen sich als Wirtschaftsfaktor dar. Hier könnten sich neue Bündnisse ergeben, konkret sollte die Frage aufgeworfen werden, wie die Wertschöpfung in diesen Bereichen rentenwirksam gemacht werden könnte.

Stichworte aus der allgemeinen Diskussion

- Die Diskussion über Wertschöpfung außerhalb der Erwerbsarbeit darf nicht dazu führen, dass Arbeitslose darauf verwiesen und damit aus der Teilnahme an der Erwerbsarbeit endgültig ausgeschlossen werden.
- Die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten von Arbeitszeitverlängerungen berechnen - ein Thema für das neue Wirtschaftsinstitut der Gewerkschaften?
- Um Aufmerksamkeit zu erregen, könnte die provokative DGB-Postkarte "Hätt er Teilzeit, könnt er länger" wieder aufgelegt werden.
- Es wäre sinnvoll, die Arbeits- und Sozialgesetzgebung daraufhin zu durchforsten, wo Hemmnisse für eine "kurze Vollzeit" zu finden sind, um diese zu beseitigen.
- Familien- und Nachbarschaftsarbeit sollten bei der Rentenberechnung einbezogen werden - diese Forderung in die Diskussion des SPD-Grundsatzprogramms einbringen.
- Die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (<http://www.zeitpolitik.de>) arbeitet an einem Gutachten zur "Wahlarbeitszeit".
- Lokale Bündnisse zum Arbeitszeitthema als Ansatzpunkt nutzen...